

# Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Berordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Nr. 64.

Sonnabend, 18. März

1911.

Beauftragt mit der verantwortlichen Zeitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Aufklärungen: Die Zeile n. Schrift 6 mal gsp. Aufklärungshöhe 25 Pf., die Zeile größter Schrift ob. deren Raum auf 3 mal gsp. Textteile im amt. Teile 60 Pf., unter dem Redaktionsdruck (Eingebracht) 75 Pf. Preismäßig auf Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vorm. 11 Uhr.

Bezugspreis: Beim Besitze durch die Expedition, Große Brüderstraße 16, sowie durch die deutschen Postankonten 3 Post vierfachjährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.

Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Der Präsident des Reichstages richtete gestern an den Präsidenten der italienischen Kammer telegraphische Glückwünsche zur 50. Wiederkehr des Jahrestages der Aufrichtung des Königreichs Italien.

Rußland veranstaltet im Gebiete von Semiretschenk an der chinesischen Grenze eine Probemobilmachung.

Das erste weibliche Parlamentmitglied Norwegens Fr. Nogstad wurde gestern im Storting feierlich eingeführt.

In Cava de Treni ist eine Pulverfabrik in die Luft geslogen. Mehrere Arbeiter sind tot, eine große Anzahl von Verletzten schwer verletzt.

Der Dampfer "Muccas" steht einer drahtlosen Meldung aus Galveston infolge auf hoher See in Flammen.

## Amtlicher Teil.

Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg haben in Vertretung Se. Majestät des Königs gnädigst geruht, dem Musiklehrer und Chordirigenten Greiff in Leipzig das Albrechtskreuz zu verleihen.

Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg haben in Vertretung Se. Majestät des Königs gnädigst zu genehmigen geruht, daß die in Diensten des Kammerherrn üben. v. Burg auf Schönfeld bei Großenhain befindlichen Beamten und Angestellten die ihnen von Se. Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe verliehenen Auszeichnungen annehmen und tragen, und zwar: der Oberförster Bruno Ritsche in Schönfeld das Zivil-Ehrenkreuz (Klasse IV B) des Fürstl. Lippschen Hausordens, der Sekretär Alfons Vogel in Schönfeld das Kreuz zum Leopold-Orden, der Kammerdiener Max Elling in Schönfeld und der Wildheger Paul Petrich in Liega die bronzenen Medaille zum Leopold-Orden.

Das Ministerium des Innern hat der gewerblichen Krankenkasse zu Röhrsdorf, eingeschriebenen Hülfsklasse, beschreint, daß sie auch nach Aufstellung des III. Statuten-nachtrags vom 19. Februar 1911, vorbehältlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 in Verbindung mit dem Abänderungsgesetze vom 25. Mai 1903 genügt.

Dresden, am 13. März 1911.

1973

Ministerium des Innern, I. Abteilung.

Das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium hat mit der Leitung der für die bevorstehende IX. ordentliche Landessynode in den nachgeführten Wahlbezirken sich erforderlich machenden Wahlen, welche in jedem einzelnen Wahlbezirk am 10. Mai 1911

zu veranstalten sind, die nachstehenden Wahlkommissare beauftragt:

für den Wahlbezirk I

Stadtrat Dr. Krumbiegel in Dresden,  
für den Wahlbezirk III

Regierungsdamtmann Dr. Woeller in Dresden,  
für den Wahlbezirk IV

Regierungsdamtmann Dr. Böschimmer in Pirna,  
für den Wahlbezirk V

Regierungsdamtmann Fr. v. Bernewitz in Meißen,  
für den Wahlbezirk VI

Amtshauptmann Dr. Böllmer in Freiberg,  
für den Wahlbezirk VII

Regierungsdamtmann Sonnenkalb in Dippoldiswalde,  
für den Wahlbezirk VIII

Amtshauptmann Geh. Reg.-Rat Dr. Uhlemann in  
Großenhain,  
für die Wahlbezirke IX A und IX B

Bürgermeister Roth in Leipzig,  
für den Wahlbezirk X

Amtshauptmann v. Nostiz Wallwitz in Leipzig,  
für den Wahlbezirk XI

Amtshauptmann Dr. Einer in Borna,

für den Wahlbezirk XII  
Amtshauptmann Dr. Hartmann in Döbeln,  
für den Wahlbezirk XIII

Amtshauptmann Geh. Reg.-Rat Hänicke in  
Grimma,

für den Wahlbezirk XIV  
Amtshauptmann Demmerling in Zwiedau,  
für den Wahlbezirk XV

Regierungsdamtmann v. Römer in Zwiedau,  
für den Wahlbezirk XVI

Regierungsrat Zimmer in Rochlitz,  
für den Wahlbezirk XVII A

Bürgermeister Dr. Hübschmann in Chemnitz,  
für den Wahlbezirk XVII B

Amtshauptmann Michel in Chemnitz,  
für den Wahlbezirk XVIII

Regierungsrat Dr. Voigt, s. B. in Zwiedau, künftig  
Amtshauptmann in Marienberg,

für den Wahlbezirk XIX

Regierungsdamtmann Dr. v. Schwarzh in Annaberg,  
für den Wahlbezirk XXI

Regierungsdamtmann Fr. v. Hind in Glauchau,  
für den Wahlbezirk XXII

Amtshauptmann Dr. Bimmer in Schwartzenberg,  
für den Wahlbezirk XXIII

Amtshauptmann v. Böse in Döbeln,  
für den Wahlbezirk XXIV

Amtshauptmann Dr. Wehnert in Plauen,  
für den Wahlbezirk XXV

Regierungsrat Dr. Simon in Bautzen,  
für den Wahlbezirk XXVI

Amtshauptmann v. Polenz in Löbau,  
für den Wahlbezirk XXVII

Amtshauptmann Geh. Reg.-Rat Fr. v. Beschwitz  
in Bautzen.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung, die anbetreffende Feststellung der Wahlbezirke für die evangelisch-lutherische Landessynode betreffend, vom 11. Februar 1911 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 50 und Berordnungsblatt des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums S. 7), und die Verordnung, das Verfahren bei den Wahlen zur evangelisch-lutherischen Landessynode betreffend, vom 11. März 1890 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 34 und Verordnungsblatt des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums S. 25) sowie die zu deren Abänderung ergangene Verordnung vom 11. Februar 1911 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 54 und Verordnungsblatt des Evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums S. 11) wird folches hiermit bekannt gemacht.

A 307 a

Dresden, am 4. März 1911.

1986

Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium.

Das Kaiserl. Gesundheitsamt meldet den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche aus Pfaffendorf, Kreis Reichenbach, Reg.-Bez. Breslau, und vom Schlachthof zu Breslau, am 15. März.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseraten teil.)

## Nichtamtlicher Teil.

### Deutsches Reich.

#### Kaiserlicher Hof.

Berlin, 17. März. Dem Vernehmen nach wird Ihre Majestät die Kaiserin die Fahrt nach Korfu gemeinsam mit Se. Majestät dem Kaiser machen und demgemäß auch trotz ihres angegriffenen Gesundheitszustandes unter Unterbrechung der Reise in Wien an dem Besuch bei Se. Majestät dem Kaiser Franz Josef teilnehmen. Prinzessin Victoria Luise wird Ihre lutherischen Eltern nach Wien und nach Korfu begleiten. Ebenso wird Prinz Joachim die Reise bis Wien mitmachen, da Se. Majestät Wert darauf legt, den Prinzen seinem hohen Paten vorzustellen.

#### Bundesrat.

In der am 16. März unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde die Zustimmung zu Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen erteilt. Von der Ve-

schlußnahme des Reichstags zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres nahm die Versammlung Kenntnis.

#### Reichstag.

Sitzung vom 17. März 1911.

Am Bundesstaatsliste: die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Vermuth.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache, welche die Mitglieder des Hauses und des Bundesrates hörend anhörten: „Heute vor 50 Jahren ist der italienische nationale Einheitsstaat begründet worden, und das ganze italienische Volk feiert heute die Gründung des Vereinigten Königreichs Italien. Das deutsche Volk wird an dieser Feier des ihm verbündeten und befreundeten italienischen Volkes den lebhaftesten Anteil nehmen. (Zehnsekunden Applaus.) Ich habe mir deshalb gestattet, im Namen des Reichstags an den Herrn Präsidenten des italienischen Deputiertenkamers Marcova ein Telegramm folgenden Inhalts heute morgen zu senden: „Aus Anlaß des heutigen Jubiläums des Deutschen Reichs verbindet Königreich Italien mich Ihnen, Herr Präsident, und den Deputiertenkammer die herzlichste Anteilnahme des Deutschen Reichstags aus. Der Präsident des Deutschen Reichstags.“ (Wiederholter Beifall.) W. H. Ihr Beifall zeigt mir, daß ich mit dieser Kundgebung in Ihrem Sinne gehandelt habe. Ich stelle das mit Beweisigung fest. (Erneuter lebhafter Beifall.)“

Daraus wurde die Spezialberatung des Staats für das Reichsamt des Innern im Ordinarien der Ausgaben bei den „Allgemeinen Fonds“ fortgesetzt.

Abg. Seizinger (192): polemisierte gegen eine in der allgemeinen Ansprache vom Abg. Giesberts getane Aussage über den Terrorismus der freien Gewerkschaften, wie er sich u. a. im Buchdruckerverbande gezeigt habe. Die Befreiungen des Verbundes deutscher Arbeitnehmer habe leider bisher keinen Erfolg aufzuweisen.

Abg. Giesberts (193): Die paritätischen Arbeitsnachweise verdienen durchaus die Unterstützung des Reiches; diese sollte aber erhöht und etwas mehr System in die Operationen des Verbundes deutscher Arbeitnehmer habe.

Noch weiteren Bemerkungen der Abg. Seizinger (192) und Giesberts (193) wurde der Titel bewilligt.

Der Titel „Bewilligung der Einnahmen aus der Kaliabgabe“ wurde vorläufig ausgeleget, weil der Bericht der Kommission noch vorliegt.

Bei den Ausgaben für die Reichsschulcommission befürwortete Abg. Gieß (192) die Gründung eines Reichsschulmuseums.

Bei den „Ausgaben für das Oberseeamt“ kam

Abg. Meissner (193) auf die letzten Seunfälle zurück. Vor langer Zeit habe der Reichstag eine Resolution angenommen, wonach die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen der Seefähigkeit, der Zielsabteilung, Tiefgang und Bemannung der Schiffe ersucht wurde. Der Untergang des drei Slovianischen Dampfers im Dezember v. J. gebe ihm Veranlassung, den Staatssekretär erneut zu fragen, was die Regierung getan habe, um in Sinne jener Resolution die erforderlichen Schritte zu tun. Die Erhaltung von Menschenleben sei wichtiger, als der Geldbeutel der Reederei. An Kontrollvorschriften fehle es ja nicht, aber sie werden sehr lang gehandelt. Wenn die Toten reden könnten, so würden sie gegen eine so leichtige Kontrolle, wie sie jetzt besteht, energisch protestieren.

Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres: Die Reichsverwaltung stimmt mit dem Vorredner darin überein, daß es Aufgabe der Behörden wie aller Beteiligten ist, dahin zu wirken, daß die taurischen Verluste an Menschenleben auf See auf das geringste Maß zurückgeführt werden. Wir werden Verluste an Menschenleben auf See haben, so lange auf See gefahren wird. Alles, was an Mängeln hervorgerufen ist, der Seevertragsgenossenschaft bez. ihren Organen zur Last zu legen, geht nicht an. Sie hat allerdings die laufende Kontrolle des Zustandes des Schiffes zu bejahren, aber nicht die Ausrüstung des Schiffes im einzelnen Falle. Die Verantwortung für die seetüchtige Ausrüstung liegt dem Schiffsführer ob. Eine schwätere Kontrolle sieht unser Gesetz nur vor bei Auswandererschiffen, wo es sich um das Leben von Hunderten und Tausenden von Auswanderern handelt. Die drei Slovian-Dampfer sind in einer Sturmperiode untergegangen, wie wir sie seit langen Jahren nicht gehabt haben, und in den gefährlichsten Gewässern, welche die europäische See aufzuweisen hat, in der Bucht von Biskaya; in der gleichen Zeit sind in denselben Bezirken auch zahlreiche andere Schiffe untergegangen. Wenn man das Verlangen, Schiffe von über 30 Jahren nicht mehr in See gehen zu lassen, erfüllen könnte, so wäre das gewiß gut. Aber die Seeschiffahrt ist ein Gewerbe, das unter dem Gesichtspunkte der Rentabilität und der internationalem Konkurrenz betrieben werden muß. Unser Staat hält den Vergleich bezüglich des Alters der Schiffe mit den Flotten anderer Länder vollkommen aus. Die Seevertragsgenossenschaft hat die Ausgaben, die ihr durch die Seevertragung gestellt werden, bisher in vorsäßlicher Weise gelden. Auf Grund solcher Unfälle einen Vorwurf gegen unsere ganzen Schiffsbetreiberverhältnisse zu erheben, ist bedauerlich, sie werden dadurch dem Auslande gegenüber berabscheitet. Hier wird der Versuch gemacht, die Ehre unserer Kaufmachtstreitigkeiten herunterzuwerfen, und die wollen wir hochhalten. (Beifall.) Vom und Gutze bei den Sozialdemokraten)

Abg. Schwarz-Lübeck (192): Die Ursache der Schiffsvorluste ist vielleicht auch in der ganz ungünstigen Belegschaftsmannschaft zu suchen. Ich will die Schiffsleute nicht schlecht machen; aber die Ausbildung, welche die Schiffsleute dort erhalten, ist nicht alleinwertig mit der auf einem in Habt begriffenen Handelsfahrt. Die Überholungen der Seevertragsgenossenschaft sind allesamt für die Kap. Die Katastrophen der letzten Zeit sollten dem Reichs-